

Killerspiele beim Bund

Bundeswehr rekrutiert immer mehr Minderjährige. Kommunale Meldeämter und Youtube helfen dabei

Susan Bonath

Beim deutschen Militär dienen immer mehr minderjährige Soldaten. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres traten 1.576 Rekruten ihren Kriegsdienst an, die noch keine 18 Jahre alt waren – ein Rekord seit dem Aussetzen der Wehrpflicht im Juli 2011. Das teilte das Ministerium auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag mit. Die Antwort liegt *jW* vor.

Demnach stieg die Zahl der jugendlichen Soldaten innerhalb der vergangenen fünf Jahre auf mehr als das Doppelte. 2011 hatte die Bundeswehr insgesamt rund 14.700 Rekruten eingestellt, von denen fast 700, knapp fünf Prozent, noch nicht volljährig waren. In den Jahren 2012 bis 2015 verzeichnete das Heer jeweils 21.000 Neuzugänge. Die Zahl der Minderjährigen kletterte derweil von 1.200 auf mehr als 1.500. Inzwischen sind gut sieben Prozent der Rekruten unter 18 Jahren alt.

Der kinder- und jugendpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Norbert Müller, bezeichnete die Praxis als »Skandal«, der »umgehend gestoppt werden muss«. »Militärische Interessen dürfen nicht länger Vorrang vor den Schutzrechten Minderjähriger haben«, kritisierte Müller am Donnerstag. Außerdem untergrabe die Bundesregierung so die Intention der UN-Kinderrechtskonvention. Mehrfach habe der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes von Deutschland gefordert, die Rekrutierung von Jugendlichen durch die Bundeswehr zu stoppen. Dem habe sich auch die Kinderkommission des Bundestages angeschlossen. Statt dessen werbe das Militär immer offensiver »Kindersoldaten« an. Jüngstes Beispiel dafür ist die neue Webserie »Die Rekruten«, die auf dem Portal Youtube läuft und rund 1,7 Millionen Euro kostete. Darin inszeniert die Bundeswehr die Soldatenausbildung als »Abenteuer für Grenzgänger«.

Laut Gesetz darf die Bundeswehr schon 17jährige ausbilden, wenn deren Eltern sich damit einverstanden erklären. Geschult werden die Jugendlichen auch an Waffen. Zu Auslandseinsätzen darf sie die Jungen und Mädchen allerdings erst nach ihrem 18. Geburtstag schicken. Gleiches gilt für Wachdienste. Für neues Kanonenfutter sorgt das Heer nicht nur in Schulen, wo Jugendoffiziere zum Teil bereits vor Neuntklässlern referieren und Lehrer mit Schülern Truppenübungsplätze besuchen. Die Bundeswehr schickt 16- und 17jährigen auch gezielt Werbung ins Haus. Die Kommunen helfen ihr dabei.

So erlaubt das Soldatengesetz den Einwohnermeldeämtern der Städte und Gemeinden, dem Personalmanagement der Bundeswehr jeweils zum 31. März Namen und Anschrift von Jugendlichen zu übermitteln, die im darauffolgenden Jahr das 18. Lebensjahr vollenden. Im kommenden Frühjahr betrifft das alle im Jahr 2000 Geborenen. Laut dem Bundesmeldegesetz kann den automatischen Datentransfer nur derjenige verhindern, der bis zum Ende des Vorjahres bei seinem Bürgeramt der Weitergabe widerspricht.

Auch die Stadt Dresden berief sich Ende Oktober gegenüber der *Sächsischen Zeitung* auf ihre gesetzliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem Militär. »Die Datenübermittlung dient der Zusendung von Informationsmaterial über die Streitkräfte an potentielle Rekruten«, argumentierte die Stadt. Zugleich wies sie auf das Widerspruchsrecht bis zum 31. Dezember hin. Viele Städte informieren hierzu auf ihren Webseiten, so zum Beispiel Berlin. Danach ist ein Veto gegen die Weitergabe von persönlichen Daten an »öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften« sowie »in besonderen Fällen« möglich. Letzteres schließt die Bundeswehr ein.

<http://www.jungewelt.de/2016/11-11/001.php>